

## Das rebellische Dutzend

Sie nennen sich „Zwölf Freunde“ und sind ausgezogen, das Nichtraucher-Volksbegehren zu Fall zu bringen

Von Kassian Stroh

München – Eine Internetseite haben sie schon, diverse Plakatentwürfe auch. 30 000 Flugblätter haben Sie gedruckt und ein paar tausend Euro Miese gemacht. „Zwölf Freunde“ nennen sie sich; sie sind keine Verbandslobbyisten, sondern Privatleute. Ihr Ziel ist, das Rauchverbots-Volksbegehren zu stoppen. „Wir sind Idealisten“, sagt Paul Mooser, einer der Initiatoren und Wortführer des Kreises. „Fairness für Raucher“ hat er sich genannt. Dass sich in den vergangenen Wochen zunehmend Menschen finden, die ihnen Flugblätter abkaufen und damit Wirtshäuser abklappern, ermutigt sie. „Wir können den Krieg nicht allein gewinnen“, sagt Heinrich Kohlhuber.

Natürlich geht es nicht um Krieg oder Frieden, sondern nur um die Frage, wie weitreichend das Rauchverbot in der Gastronomie künftig sein soll. Am 4. Juli werden die Bayern darüber befinden, nachdem 13,9 Prozent der Wahlberechtigten das entsprechende Volksbegehren der ÖDP unterstützt haben. Nun beginnt sich der Widerstand zu formieren.

Die Initiative „Fairness für Raucher“ trifft sich jede Woche in der Bar Namenlos in München-Schwabing. Deren Wirt Jürgen Füssl ist einer der zwölf Gründer. An die Wand seiner Kneipe hat er ein Plakat gehängt: „Die Zukunft des Namenlos entscheidet sich am 4. Juli“. Als der Landtag 2007 schon einmal ein strenges Rauchverbot beschlossen hatte, schrieb Füssl an alle 180 Abgeordneten und bot ihnen, die drohende Pleite vor Augen, seine Bar zum Kauf an – öffentlichkeitswirksam, aber erfolglos. Seit der Entschärfung des Verbots vor einem Jahr kann er sie nun als Raucherkneipe betrei-



Sieben der zwölf Freunde von „Fairness für Raucher“: Paul Mooser, Heinrich Kohlhuber, Jürgen Füssl, Heinz Putschies, Edgar Reinholz, Tim Cole, Eva Franke (von links nach rechts).  
Foto: Catherina Hess

ben. Damit gehört er zu jenen elf Prozent der Münchner Gastronomen, bei denen noch geraucht werden darf. Mehr sind es nicht mehr. Womit nach Meinung Füssls und seiner Mitstreiter das Argument schon widerlegt ist, mit dem die ÖDP angeblich vielerorts für ihr Volksbegehren warb: „Wenn Du nicht unterschreibst, wird wieder überall geraucht.“ Aufklärungsarbeit wollen sie dem entgegensetzen. Die geltende Gesetzeslage (generelles Rauchverbot mit Ausnahmen für klei-

ne Kneipen und in abgeschlossenen, eigenen Raucherzimmern) halten die zwölf für einen guten Kompromiss, den sie beibehalten wollen.

Freilich sind die zwölf nicht die einzigen, die nun gegen das Volksbegehren werben. Während sich die CSU, die sich in Sachen Rauchverbot reichlich die Finger verbrannt hat, zurückhält, plant die FDP eine Kampagne für die derzeitige Regelung: „Wir vertreten die Position der Staatsregierung – nur dass wir uns

nicht wegducken wie der Koalitionspartner“, lästert FDP-Geschäftsführer Martin Hagen. Auch diverse Verbände von Gastronomen und Tabakindustrie haben sich unter Federführung des Vereins zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur (VEBWK) zu einem „Aktionsbündnis für Freiheit und Toleranz“ zusammenschlossen – 600 000 Euro lassen sie sich ihre Kampagne kosten.

Doch mit Geld der Tabakindustrie wollen die zwölf von „Fairness für Raucher“ nichts zu tun haben. Obwohl einst Mitbegründer, hat der Gastronomie-Berater dem VEBWK inzwischen den Rücken gekehrt – „da hatten wir sehr viele militante Raucher dabei.“ Bei seinen elf Mitstreitern – die im Übrigen nur etwa zur Hälfte Raucher sind – sei das wohlthuend anders. Ihr Anliegen ist Liberalität; beim Entschcheid gehe es um „Freiheitsrechte oder Verbotsstaat“, heißt es in ihrem Aufruf.

Dass das Volksbegehren im Dezember so erfolgreich abschneiden würde, hatte zuvor keiner von ihnen erwartet. Damals hätten sie alle noch gedacht, da drohe keine Gefahr, erzählen sie. Auch deshalb wurden sie nun, vor dem Volksentscheid, bereits früh aktiv. Jetzt gelte es, Strukturen aufzubauen, Unterstützer und Sponser zu werben, „damit wir dann bayernweit Aktivisten haben“, sagt Mooser. „Es besteht die große Gefahr, dass unsere Anhänger nicht zur Wahl gehen“, warnt sein Mitstreiter Tim Cole. „Dann würde eine verschwindend kleine Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufdrücken.“ Als Amerikaner darf Cole zwar nicht mitbestimmen, auf einen Sieg hofft er trotzdem: Dass der Volksentscheid am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag stattfindet, hält er für ein gutes Omen.